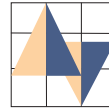
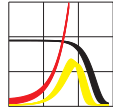


Max-Planck-Institut
für demografische Forschung



Rostocker Zentrum zur
Erforschung des Demografischen Wandels

EDITORIAL

Im Wandel

Die Veränderung von Werten, Identitäten und grundlegenden Einstellungen in fast allen Bereichen des Lebens verläuft meist sehr langsam. Neue Trends werden oft zuerst von der jungen Generation aufgenommen und dann Zug um Zug zur gesamtgesellschaftlichen Normalität. Die Demografie hat beim sozialen Wandel in zweierlei Hinsicht eine Schlüsselrolle: Die demografischen Prozesse Geburt, Migration, Altern und Tod lassen die Menschen als Träger aller Werte, Verhaltensweisen und Einstellungen auf der gesellschaftlichen Bühne auftreten, reifen und auch wieder abtreten. Jede Veränderung in diesen Prozessen, wie Geburtenrückgang, Zuwanderung oder Zunahme der Lebenserwartung, wirkt sich auf Zahl und Struktur dieser Träger mit ihren Werten aus. Die Demografie verfügt über mächtige analytische Instrumente, um die Wirkkräfte dieses Wandels zu quantifizieren, zu verstehen und zu prognostizieren. *Demografische Forschung Aus Erster Hand* unterstreicht dies auf den Seiten 1 und 2 am Thema der europäischen Identität. Gezeigt wird, dass sich die jüngeren Generationen im Vergleich zu älteren Generationen zunehmend mit der Europäischen Union identifizieren. Daher kann abgeschätzt werden, dass die Europäische Union durch die demografischen Prozesse zunehmend Akzeptanz erfährt.

Zwei Beiträge greifen das Thema Frauenerwerbstätigkeit auf. Seite 4 beschreibt ein scheinbares Paradox: Der Anteil der erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland ist in den vorigen drei Jahrzehnten gestiegen; jedoch sind Zuwächse nur bei Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung zu verzeichnen, während das Ausmaß der Vollzeitbeschäftigung gesunken ist. Die Entwicklung ist bei den beruflich nicht qualifizierten Müttern besonders ausgeprägt. Diese Frauen sind immer mehr in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse oder in die Erwerbslosigkeit gedrängt worden. Dies hat nicht nur unmittelbare Wirkung auf den Geldbeutel, sondern auch langfristig Nachteile – zeigt Seite 3. Frauen in Deutschland beziehen aufgrund von Teilzeitarbeit und Phasen von Nichtbeschäftigung deutlich weniger Rente als Männer. Die künftige Alterssicherung von Frauen könnte nur deutlich verbessert werden, wenn heute Frauen mit Kindern stärker in das Erwerbsleben einbezogen werden.

Wolfgang Lutz und Nadja Milewski

Europäische Identität nimmt durch demografische Kräfte zu Jüngere Generationen fühlen sich in der EU zu Hause

Immer mehr Menschen identifizieren sich mit Europa. Eine neue Studie aus Wien zeigt anhand von Daten des Eurobarometers, dass in allen Staaten der Europäischen Union vor allem jüngere Menschen in höherem Ausmaß als ältere eine europäische Identität zusätzlich zu ihrer nationalen Identität angeben. Da dies ein Kohorteneffekt ist, kann daraus abgeleitet werden, dass in den künftigen Jahrzehnten die europäische Identität in der Gesamtbevölkerung zunehmen wird.

Oberflächlich betrachtet scheint der Prozess der europäischen Integration ins Stocken geraten zu sein. Durch die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages durch Frankreich und die Niederlande sowie zahlreiche

Streits um nationale Interessen entsteht der Eindruck, dass die Europäische Union (EU) derzeit in eine Phase der Stagnation, wenn nicht gar Desintegration eintritt. Die kurzfristige Entwicklung sollte jedoch den Blick nicht von den längerfristig wirksamen Kräften ablenken.

Eine solche langsam, aber stetig wirkende Kraft ist darin zu erkennen, dass eine steigende Anzahl jüngerer Menschen in Umfragen zusätzlich zu ihrer nationalen Identität eine europäische Identität nennt. Die Dynamik der demografischen Erneuerung und Generationenfolge wird dazu führen, dass die älteren und mehrheitlich national orientierten Personen sukzessive durch die jüngeren, mehr europäisch orientierten Menschen ersetzt werden und daher in den nächsten Jahrzehnten auch die Gesamtbevölkerung Europas in deutlich stärkerem Maß als heute eine europäische Identität zusätzlich zur ihrer nationalen haben

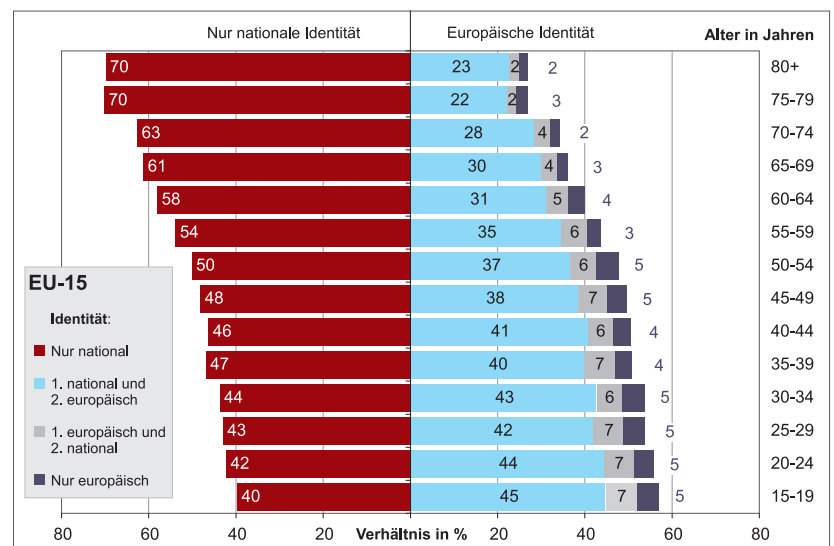


Abb. 1: Altersprofil der nationalen und europäischen Identität von Frauen und Männern in der EU-15; Quelle: Eurobarometer (eigene Berechnungen).



→ wird. Da Identifikation mit einem Staatengebilde eine Voraussetzung für die Akzeptanz seiner politischen Institutionen durch die Bevölkerung ist, wird durch diese Entwicklung auch die Wahrscheinlichkeit verstärkter europäischer Integration langfristig gestärkt.

Die Studie* des Institutes für Demographie, des International Institute for Applied Systems und des Institutes für Höhere Studien analysiert Daten der Eurobarometer-Stichproben. Diese haben über mehrere Jahre hinweg Antworten zu gleich lautenden Fragen zur europäischen Identität in allen Ländern der EU erhoben. Um die Konsistenz der Zeitreihen zu gewährleisten, beschränkt sich diese Analyse auf die 15 Länder, die im Zeitraum 1996 bis 2004 Mitglied der EU waren (EU-15). Für die neuen Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa scheint das Muster aber ähnlich zu sein. Die im Eurobarometer befragten Personen hatten vier Antwortmöglichkeiten, die in Abbildung 1 nach dem Alter geordnet für alle 15 Länder zusammen dargestellt sind. Diese werden in zwei Kategorien zusammengefasst: Personen, die nur eine nationale Identität angeben, und Personen, die auch eine europäische Identität nennen.

Abbildung 2 zeigt das sich verändernde Altersprofil aller Frauen und Männer in der EU-15, die angeben, zusätzlich zu ihrer nationalen Identität eine europäische Identität zu besitzen; dies wird als mehrfache Identität bezeichnet. Die blaue Kurve stellt die Daten des Jahres 1996 dar. Dabei ist sichtbar, dass die Mehrheit der Menschen im Alter bis etwa 50 Jahre eine solche mehrfache Identität hat, während dies bei den älteren Menschen noch eine Minderheit ist. Die Daten des Jahres 2004 verweisen bereits auf ein leicht verändertes Bild (rote Linie). Die Kurve zeigt weiterhin ein Gefälle mit dem Alter, liegt aber insgesamt auf einem höheren Niveau. Sowohl in den dazwischenliegenden Jahren als auch in allen einzelnen Ländern zeigt sich das gleiche Bild: Ältere Menschen haben in höherem Ausmaß eine rein nationale Identität.

Wie ist dieses Muster zu interpretieren? Theoretisch gesehen könnte dafür auch ein so genannter Alterseffekt verantwortlich sein. Dies bedeutet, dass jeder Mensch mit zunehmendem Alter eher zu einer exklusiv nationalen Identität tendiert. Die alternative Sichtweise ist ein Kohorteneffekt; demnach werden junge Menschen heute

anders, also Europa-offener, sozialisiert, und sie behalten diese einmal gewonnene mehrfache Identität für den Rest ihres Lebens bei. Beide Effekte führen zur Abnahme der mehrfachen Identität mit höherem Alter. Wenn dies nur zu einem Zeitpunkt beobachtet wird, kann man zwischen diesen beiden möglichen Effekten nicht unterscheiden.

Die Eurobarometer liefern jedoch ein Zeitreihen, aufgrund derer auch statistisch die Stärke der möglichen Effekte abgeschätzt werden kann (Age-Period-Cohort-Analysis/APC). Die Resultate bestätigen, was schon der Vergleich der zwei Kurven in Abbildung 2 vermuten lässt: Es handelt sich um einen klaren und signifikanten Kohorteneffekt. Der Koeffizient beträgt 0,48. Das bedeutet, dass in jedem jüngeren Geburtsjahrgang der Anteil der Menschen mit mehrfacher Identität rund einen halben Prozentpunkt höher ist als in dem älteren Jahrgang.

Auf der Basis dieser Ergebnisse kann man eine Vorausschätzung wagen. Die gelbe Kurve in Abbildung 2 zeigt die Prognose des Anteils der Personen mit mehrfacher Identität in der EU-15 für das Jahr 2030, wenn sich der Kohorteneffekt weiter

so wie in der Vergangenheit entwickelt. Demnach wird die Anzahl der erwachsenen EU-15-Bürger, die eine mehrfache Identität haben, von derzeit 177 Millionen bis zum Jahr 2030 auf 226 Millionen steigen, während die Zahl der Personen mit rein nationaler Identität von heute 130 Millionen auf 104 Millionen sinken wird. Dies ist eine signifikante Verschiebung in der Identität des europäischen Wahlvolkes. Wichtig ist zu sehen, dass der deutliche Rückgang in der Zahl der Bürger mit rein nationaler Identität trotz des massiven

Alters der Bevölkerung in Europa erwartet wird. Der geschätzte Kohorteneffekt hin zu verstärkter europäischer Identität ist somit größer als der Effekt der Zunahme der älteren Bevölkerung, die eher zu rein nationalen Identitäten tendiert.

Die Analyse auf gesamt-europäischer Ebene verdeckt allerdings die großen Unterschiede, die es zwischen einzelnen europäischen Ländern gibt. Tabelle 1 zeigt den Anteil der Personen mit mehrfacher Identität in den 15 EU-Ländern (bezogen auf den Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2004). Nicht überraschend

liegt Luxemburg mit 78 Prozent an der Spitze und Großbritannien mit nur 40 Prozent am Ende der Liste. Deutschland rangiert mit 56 Prozent im Mittelfeld, Österreich mit 51 Prozent drei Plätze dahinter. Etwas überraschend mag sein, dass trotz der Ablehnung des Verfassungsentwurfes in Frankreich 68 Prozent der Bevölkerung eine europäische Identität zusätzlich zur französischen angeben und auch die Niederlande mit 59 Prozent noch vor Deutschland liegen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist die Erklärung jedoch klar: Eine Identität als Europäer heißt nicht zwangsläufig, alle konkreten europäischen Institutionen und Gesetzesentwürfe zu befürworten. Auch eine Person mit nationaler Identität kann in Opposition zu konkreten nationalen Politiken sein.

Längerfristig ist eine wachsende europäische Identität unter den EU-Bürgern sicher eine Voraussetzung für mehr Vertrauen in europäische Institutionen und zunehmende Integration. Das heißt allerdings nicht, dass konkret existierende Institutionen und Vertragsentwürfe gleich mehr Zustimmung bekommen werden. Was diese Studie unterstreicht, ist, dass sich die Rahmenbedingungen für europäische Politik durch den unaufhaltsamen Prozess der natürlichen Bevölkerungserneuerung, in dem die älteren, eher national orientierten Menschen durch jüngere Kohorten mit höherer europäischer Identität ersetzt werden, stetig und wesentlich verändern werden.

Wolfgang Lutz

← Literatur:

* Lutz, W., S. Kritzingler and V. Skirbekk: The demography of growing European identity. Science 314(2006)5798: 425. www.iiasa.ac.at/Research/POP/POPNET/popnet38.pdf#page=6.

Lutz, W., R. Richter and C. Wilson (Eds.): The new generations of Europeans: demography and families in the enlarged European Union. London 2006.

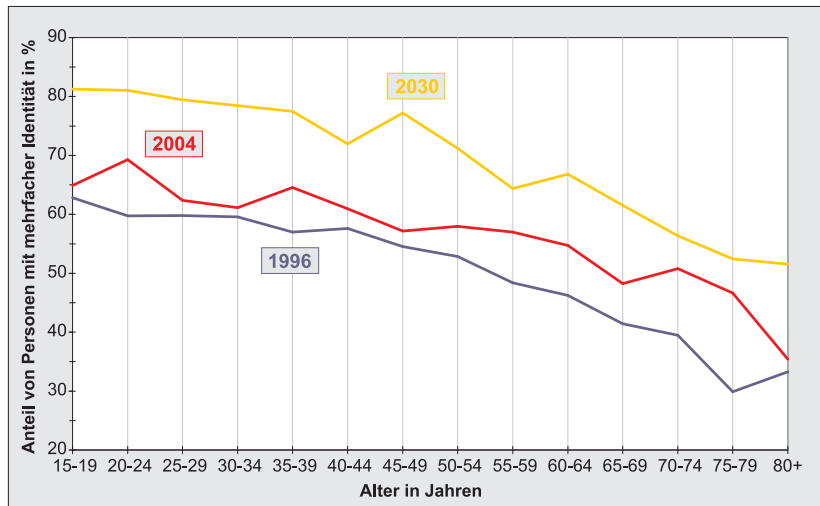


Abb. 2: Altersprofil der Frauen und Männer in der EU-15 mit europäischer Identität in den Jahren 1996 und 2004 sowie Vorausschätzung für 2030; Quelle: Eurobarometer (eigene Berechnungen).

Tab. 1: Häufigkeit mehrfacher Identität:

Land	Prozent
Luxemburg	78
Italien	72
Frankreich	68
Spanien	64
Belgien	59
Niederlande	59
Deutschland	56
Dänemark	54
Irland	53
Österreich	51
Portugal	50
Griechenland	46
Schweden	45
Finnland	43
Großbritannien	40

Quelle: Eurobarometer, Durchschnitt 1996 bis 2004 (eigene Berechnungen).

Wege aus der Rentenlücke in Deutschland

Stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen als Schlüssel zu höherer Alterssicherung

Frauen verfügen in Deutschland über eine wesentlich geringere eigenständige Alterssicherung als Männer. Eine Analyse des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung vergleicht Elemente des deutschen Rentensystems mit denen aus Schweden und der Schweiz und stellt heraus, dass Reformen in der Gesetzlichen Rentenversicherung die Rentenlücke kaum schmälern könnten. Vielmehr wären Reformen am Arbeitsmarkt sinnvoll, die die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern und damit ihren künftigen Rentenanspruch erhöhen können.

Die gesetzliche Rente hat in Deutschland weiterhin die größte Bedeutung für das Alterseinkommen – für Frauen gilt dies in noch stärkerem Maße als für Männer. Gerade bei Frauen führen jedoch längere Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung sowie ein Rückzug aus dem Erwerbsleben nach der Familiengründung zu niedrigen Renten. Dies wirkt sich wegen der Erwerbszentriertheit des deutschen Rentensystems auf ihre Alterssicherung aus. Der so genannte Eckrentner, der ununterbrochen 45 Jahre ein Durchschnittseinkommen erhalten und Rentenversicherungsbeiträge abgeführt hat sowie eine Rente von 1074 Euro monatlich bezieht (2004), ist weder für Frauen in Ost- noch in Westdeutschland repräsentativ (siehe Tabelle 1):

Tab. 1: Mittelwerte der monatlichen Rentenzahlbeträge:

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Durchschnitt	1010 €	430 €	952 €	683 €
Median	1095 €	344 €	958 €	657 €

Quelle: Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung, Rentenzugang 2003 (eigene Berechnungen).

Ostdeutsche Frauen erhalten im Durchschnitt etwa 70 Prozent der Rente der Männer, westdeutsche nur knapp 50 Prozent. In Zeiten, in denen ununterbrochene Erwerbsbiografien eher Ausnahmen sind, die Frauenerwerbsquote steigt, die Familienformen sich pluralisieren und die Zahl der Alleinerziehenden wächst, hat die Frage der eigenständigen Alterssicherung der Frau an Bedeutung gewonnen.

Um zu untersuchen, inwiefern Reformen am Rentensystem die Situation von Rentnerinnen verbessern könnten, wurden die als vorbildlich geltenden schwedischen und schweizerischen Rentensysteme hinsichtlich ihrer Leistungen für Frauen mit dem deutschen System verglichen. Die Reformmaßnahmen wurden für vier Biografietypen simuliert, die Frauen der Jahrgänge 1936 bis 1940 charakterisieren. Bei den westdeutschen Frauen stehen drei Biografieprofile hervor: 1) Die familienorientierte Frau trifft mit ihrem alleinverdienenden Ehemann eine Arbeitsteilung und zieht sich aus dem Erwerbsleben zurück;

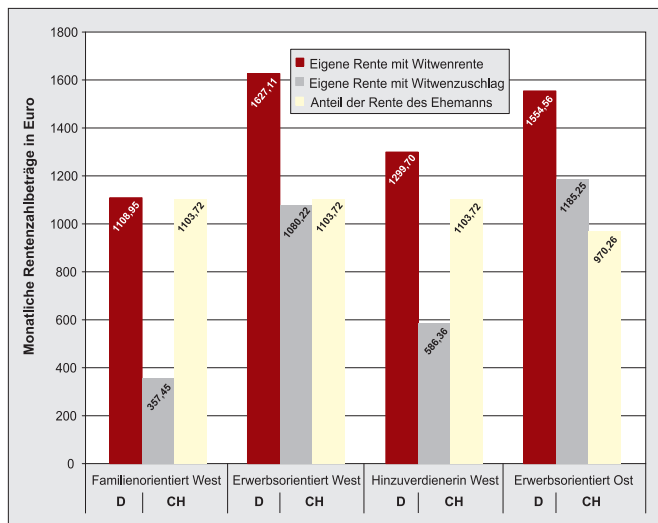


Abb. 1: Rentenzahlbeträge für Witwen der Erwerbsbiografietypen nach den Rentenmodellen aus Deutschland (D – real) und der Schweiz (CH – hypothetisch) (eigene Berechnungen).

2) die hinzuverdienende Frau trägt in geringem Maße zum Familieneinkommen bei; 3) die erwerbsorientierte Frau westlichen Typs ist durchgängig erwerbstätig, tauscht jedoch nach der Geburt des ersten Kindes kurzfristig ihre Vollzeit- gegen eine Teilzeitbeschäftigung. 4) Die erwerbstätige Frau ostdeutschen Typs ist überwiegend in Vollzeit beschäftigt.

Die erste Modellrechnung berücksichtigt Kindererziehungszeiten nach schwedischem Vorbild. Je nach Höhe des Einkommens vor der Geburt und Länge der Erwerbsunterbrechung können die Frauen in Schweden aus drei Anrechnungsformen wählen. In diesem Szenario wurde berechnet, wie sich eine von drei auf vier Jahre verlängerte Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rentenzahlbeträge auswirken würde. Es zeigt sich, dass dies lediglich beim familienorientierten und hinzuverdienenden Biografietyp zu erhöhten Rentenzahlbeträgen führen würde – und dies in nur sehr geringem Maß. Ost- und westdeutsche Frauen mit einem erwerbsorientierten Biografieverlauf müssten hingegen deutliche Renteneinbußen hinnehmen. Es wäre also weder eine Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung für Frauen erreicht noch würde ein Anreiz für den eigenständigen Aufbau von Rentenanwartschaften gesetzt. Allerdings wäre denkbar, dass eine nach verschiedenen Erwerbsmustern differenzierte Ausgestaltung der Kindererziehungszeiten helfen könnte, die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen zu schmälern.

Im zweiten Szenario wurde die Wirkung eines Reformelements des schweizerischen Rentensystems überprüft, dem Rentensplitting für Ehepaare. Zwar können sich auch in Deutschland Paare für das Rentensplitting entscheiden, doch nutzen dies nur wenige, weil es sich nur für Hochverdienerpaare rentiert. Bei der staatlichen Rente des schweizerischen Systems ist im Sinne der Geschlechtergleichstellung

das Rentensplitting für Ehepaare verpflichtend: Beiträge, die während der Ehezeit von beiden Partnern in die Rentenkasse eingezahlt werden, werden addiert und in gleich hohe Rentenanwartschaften aufgeteilt. Erleben beide Partner das Rentenalter, wird der Rentenanspruch vom Ehegatten zur Ehefrau umverteilt. Stirbt der Ehemann, kann die Schweizerin wählen, ob sie ihre eigene Rente mit einem Witwenzuschlag von 20 Prozent oder 80 Prozent der Rente ihres verstorbenen Ehemannes bezieht. Es stellt

sich heraus, dass das Schweizer System bei kaum einem der vier Biografietypen mit der deutschen Hinterbliebenenrente mithalten könnte (siehe Abbildung 1). Angesichts der wachsenden Zahl unverheirateter Paare und alleinerziehender Mütter ist aber fraglich, ob die Hinterbliebenenrente zur Alterssicherung von Frauen zeitgemäß sein kann.

Keines der beiden Reformmodelle könnte die eigenständige Alterssicherung der Frauen in Deutschland somit substantiell erhöhen. Reformen müssen vielmehr maßgeschneidert für die deutsche Situation entworfen werden. Das deutsche System bietet innerhalb der finanzierbaren Möglichkeiten, etwa der Anrechnung von Kindererziehungszeiten und der Hinterbliebenenrente, bereits Ansätze, die Unterschiede in den Erwerbsverläufen von Frauen und Männern zu berücksichtigen und die eigenständige Alterssicherung von Frauen im Nachhinein zu erhöhen. Jede weitere Reform, die versucht, die Rentenlücke zum Zeitpunkt des Renteneintritts zu schließen, wird zwangsläufig kostspielig sein. Das Problem der geringen eigenständigen Alterssicherung von Frauen liegt vielmehr daran, dass sie deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als Männer – die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern wäre der wirkungsvollste Weg, um die niedrigen Renten der Frauen nachhaltig zu erhöhen.

Anika Rasner

Literatur:

Rasner, A.: Mind the gap! Einbeziehung internationaler Benchmarks bei der Beurteilung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke in Deutschland. Deutsche Rentenversicherung 61(2006)11-12: 737-754.

Unterschiede nach Bildungsabschluss werden größer

Muster der Erwerbstätigkeit von Müttern in Westdeutschland polarisieren sich

Wie in allen europäischen Ländern sind die Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern in den vergangenen drei Jahrzehnten in Westdeutschland gestiegen. Paare orientieren sich heute weniger an der Rollenverteilung nach dem klassischen Hausfrauenmodell. Dennoch weicht die Entwicklung in Westdeutschland in einigen Aspekten vom allgemeinen Trend ab: Der Anstieg der Müttererwerbstätigkeit hat kaum bei Vollzeitstellen, sondern in erster Linie im Bereich der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung stattgefunden, zeigen Studien des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung.

Die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von Müttern in Westdeutschland stagnieren seit den 1970er-Jahren bei 13 bis 14 Stunden, während die der Väter – bei leicht fallender Tendenz – um die 40 Stunden liegen (siehe Abbildung 1). Hinter der scheinbaren Verhaltenskontinuität verbergen sich zwei gegenläufige Trends: Zum einen ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig erwerbstätigen Mütter kontinuierlich gestiegen, zum anderen ist der Anteil Vollzeit erwerbstätiger Frauen mit Kind zurückgegangen (siehe Tabelle 1). Hinzu kommt, dass sich der Erwerbsumfang vor allem von gering qualifizierten Frauen reduziert und in der Folge eine zunehmende bildungsspezifische Polarisierung der Erwerbsmuster herausgebildet hat. Im Ergebnis ist der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Mütter unter den Akademikerinnen heute doppelt so hoch wie

der unter den Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (siehe Abbildung 2).

Wie ist der Rückgang des Anteils der Vollzeit erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland zu erklären? Zunächst einmal haben familienpolitische Regelungen wie die sukzessive Ausweitung der Dauer des Erziehungsurlaubs beziehungsweise der Elternzeit eine Reduktion der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter drei Jahren begünstigt.

Tab. 1: Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern in Westdeutschland, in Prozent:

	1976	1982	1989	1996	2000	2004
Vollzeit (über 29 Stunden)	24	24	23	21	21	18
Teilzeit (15 bis 29 Stunden)	14	16	17	20	22	23
Geringfügig (bis 14 Stunden)	3	4	4	9	13	14
Freistellung/Elternzeit	1	2	4	7	8	8
Erwerbslos	2	4	7	4	3	6
Nichterwerbspersonen	56	50	46	39	33	31

Außerdem haben sich tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen und die zunehmende Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in einem Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten ausgewirkt. Schließlich haben sich für gering qualifizierte Frauen die Optionen auf dem Arbeitsmarkt seit den 1980er-Jahren überproportional verschlechtert.

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der familienpolitischen Auseinandersetzung über die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf sowie den Ausbau des Angebotes an Kinderkrippen von Bedeutung. In der aktuellen Diskussion werden die sozialstrukturellen Unterschiede im Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern kaum beachtet. Das geringe Angebot an Krippenplätzen in Westdeutschland stellt zweifellos für die Mehrheit der Mütter eine Einschränkung ihrer Erwerbsoptionen dar. Für gering qualifizierte Frauen sind jedoch hohe Elternbeiträge für die Kinderbetreuung und schlechte Arbeitsmarktchancen zusätzliche Hürden, die einer Erwerbsaufnahme entgegenstehen. Familienpolitische Transferzahlungen, welche den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit über einen längeren Zeitraum fördern, reduzieren darüber hinaus überproportional die Erwerbsneigung von gering qualifizierten Frauen. Wenn überwiegend Mütter, die über ein geringes Bildungsniveau verfügen, das Angebot nutzen, sich über einen längeren Zeitraum aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen, werden die bereits heute erkennbaren Tendenzen der Polarisierung der Erwerbsmuster zwischen den höher und den geringer qualifizierten Frauen mit Kindern in Zukunft weiter zunehmen

Michaela Kreyenfeld, Dirk Konietzka und Esther Geisler

Literatur:

Kreyenfeld, M., D. Konietzka und S. Böhm: Der bildungsspezifische Wandel der Müttererwerbstätigkeit in Westdeutschland seit den 1970er Jahren. Zeitschrift für Soziologie 36(2007) [im Erscheinen].

Kreyenfeld, M. und E. Geisler: Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland: eine Analyse mit den Mikrozensus 1991-2002. Zeitschrift für Familienforschung 18(2006)3: 333-360.

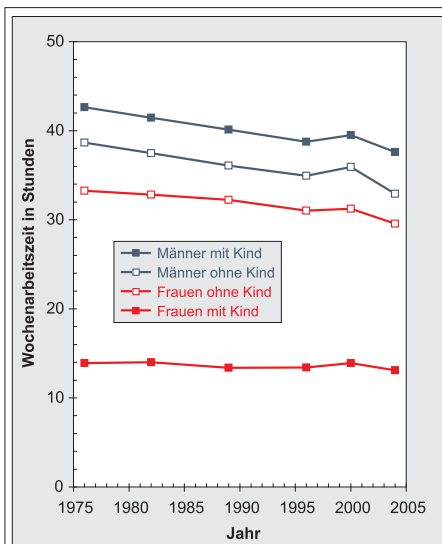


Abb. 1: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Westdeutschland; Quelle: Mikrozensus (eigene Berechnungen).

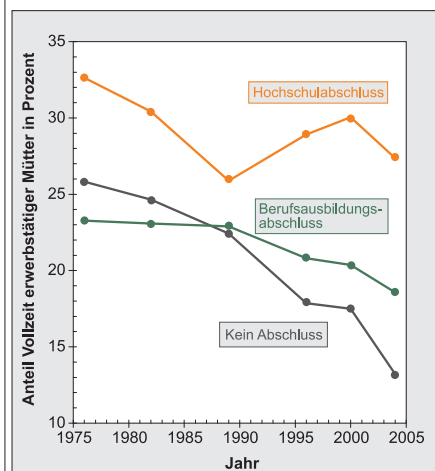


Abb. 2: Anteil Vollzeit erwerbstätiger Frauen mit Kindern im Haushalt nach Bildungsabschluss in Westdeutschland; Quelle: Mikrozensus (eigene Berechnungen); Anmerkung: Personen von 18 bis 45 Jahren.

IMPRESSUM

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Gabriele Doblhammer (Vi.S.d.P)

Redaktionsleitung: Nadja Milewski

Redaktionelle Mitarbeit an dieser Ausgabe: Kristin von Kistowski

Layout: Silvia Leek

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 · Telefax: (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.

Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.